



**Werk des Krieges.** Ein Bild im Rathaus Rheinfelden zeigt das brennende Kloster während der schwedischen Belagerung. Foto Gemeinde Rheinfelden

## Das Kloster brennt

Rheinfelder Neujahrsblätter auf den Spuren der Kapuziner

Von Stephan Reuter

**Rheinfelden.** Am Anfang steht die Arroganz. Als der schwedische Oberst Forbes am 8. September 1632 mit lächerlichen 40 Mann vor den Toren Rheinfeldens auftaucht und die Stadt für seinen Kriegsherrn einsacken will, schicken ihn die Stadtväter mit Schimpf und Schande zurück ins neutrale Basel. Was sie vergessen: Mit dieser Geste setzen sie das Umland dem Zorn der Schweden aus. Am Ende sind ganze Dörfer von der Landkarte verschwunden, die Stadt wird ausgehungert und geplündert. Das wenige Jahrzehnte zuvor errichtete Rheinfelder Kapuzinerkloster stecken die Schweden in Brand, bevor sie selbst wegen einer Niederlage in Schwaben das Weite suchen.

Die kurze, bewegte Geschichte des Klosters beleuchten jetzt die Rheinfelder Neujahrsblätter. Werner Rothweiler erzählt in einem Aufsatz, «Warum die Kapuziner nach Rheinfelden kamen». Sie kamen, um «ein Glaubensbollwerk der vorderösterreichischen Lande gegen die reformierte Nachbarschaft in Basel und Aargau zu errichten». So hält es ein Ratsprotokoll von 1594 fest. Die Gegenreformation löst die Toleranz ab. Ein Konflikt zeichnet sich ab, der als Dreissigjähriger Krieg in die Geschichte eingeht. Das Fricktal wird 14 Jahre lang, von 1618 bis 1632, verschont bleiben. Dann reitet Forbes nach Rheinfelden. Und das Kloster ist verloren.

«Rheinfelder Neujahrsblätter 2016: Den Kapuzinern auf der Spur.» Rheinfelden 2016, 219 S., ca. Fr. 30.– (zu beziehen über die Kommission der Rheinfelder Neujahrsblätter)

## Nachrichten

### Autos mit Steinen und Kartoffeln beworfen

**Pratteln.** Unbekannte haben am Sonntag kurz nach 21.30 Uhr arglose Autofahrer in Pratteln mit einem Hagel aus Steinen, Kartoffeln und Karotten eingedeckt. Laut Polizei versteckten sich die Täter hinter einer Lärmschutzwand auf Höhe Krummeneichstrasse 60 und 62 und warfen rund hundert Steine, Kartoffeln und Karotten auf die Fahrbahn. Die Strasse muss mit einer Wischmaschine gereinigt werden. Mindestens zwei Fahrzeuge wurden beschädigt. Zeugen und allfällige weitere Betroffene werden gebeten, sich zu melden.

### Feuer auf dem Campingplatz

**Läufelfingen.** Am frühen Montagmorgen geriet auf dem Campingplatz Neuhaus in Läufelfingen ein zum Wohnen umgebauter Baustellenwagen in Brand. Er wurde vollständig zerstört, verletzt wurde niemand. Die Brandursache ist unklar. Die Polizei sucht Zeugen, die Brandmeldung ging gegen 5.30 Uhr bei der Einsatzleitzentrale ein.

### Lukas Bäümle leitet den Seniorenverband

**Liestal.** Die Delegiertenversammlung des Seniorenverbandes Nordwestschweiz hat nach dem Rücktritt von Kurt Engelbrecht einstimmig einen neuen Präsidenten gewählt: Lukas Bäümle, früherer Geschäftsführer des Spitex-Verbands Baselland. Neu in den Vorstand wählte die Versammlung Andreas Bitterlin. Kurt Engelbrecht wurde für sein Engagement die Ehrenmitgliedschaft angetragen.

## Zum Umgang mit Telefonkontrollen und Zufallsfunden

# Richter versagen bei Überwachung

Von Peter Zihlmann

Was im Lokalteil einer Zeitung steht, reicht meist nicht über die Tagesaktualität hinaus; der Bericht vom Freitag (BaZ vom 18. März, Seite 28) über geheime Telefonkontrollen (TK) in einem Strafverfahren gegen Türkenbrüder schon. Das Strafgericht Muttenz verhandelte eine widerliche Gewaltgeschichte unter Türken, die in einer Scheinhinrichtung durch zwei Brüder gipfelte. Der Staatsanwalt hatte das Telefon des Haupttäters abgehört und dabei erfahren, dass ein dritter Bruder wegen einer anderen Sache belangt werden konnte, einer Gefhilfenschaft in einem eher unbedeutenden Versicherungsbetrug (Strafantrag: zwölf Monate bedingt). Solche «Zufallsfunde» (StPO Art. 278) müssen vom Staatsanwalt dem Richter unverzüglich zur Prüfung vorgelegt werden. Der Betroffene ist vor Anklageerhebung über die Abhörung zu informieren, damit er die TK anfechten kann. Über beides setzte sich der Staatsanwalt hinweg.

Es war zu erwarten, dass die Richter seine fehlerhaft erworbenen Beweismittel zurückweisen. Das Gegenteil passierte: Willfährig genehmigte der Zwangsmassnahmenrichter die verspätete, unverhältnismässige TK, und dem Sachgericht fehlte der Mut, die Beweismittel aus dem Recht zu weisen. Alle Fehler sollen ohne Folgen sein. Der Erledigungsdruck beugte die versa-

genden Richter. Das Urteil steht noch aus, aber die Zeichen stehen gemäss dem BaZ-Bericht auf Sturm.

Was für eine Verleugung der Justiz auf dem sensiblen Gebiet der Bespitzelung durch den Staat! Ein Einzelfall, gewiss nicht der schlimmste, nur einer unter vielen, die Spitze des Eisbergs! Dabei ist noch kein Jahr verstrichen, seitdem die Staatsanwaltschaft im Nachbarkanton wegen des Verdachts der Amtsgeheimnisverletzung im Zusammenhang mit dem staatlichen «Schwedenreisli» sich direkt bei Swisscom unter Umgehung richterlicher Genehmigung Telefondaten beschaffte. Es kam damals in Basel zum Freispruch (BaZ vom 28. Mai 2015).

Ich wage schon lange nicht mehr, von einem intakten Rechtsstaat Schweiz zu sprechen.

Diesmal erscheint dies unwahrscheinlich. Wir haben aus lauter Angst vor Kriminalität und infolge der ständigen Behämmerung durch Angstmacher das Sensorium für den unwiederbringlichen Abbau unserer Freiheitsrechte verloren. Wer schützt uns jetzt noch vor staatlicher Bespitzelung?

Neu ist das alles nicht. In Deutschland folgte dem kleinen Lauschangriff 1995 der grosse mit der Möglichkeit,

nicht nur Personen, sondern auch Büros und Wohnungen technisch zu überwachen. Es war für mich ein unvergessliches Erlebnis, die mutige deutsche Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu erleben, wie sie daraufhin mit den Tränen kämpfend ihren Rücktritt begründete.

### Tradition des Unrechts

In der Schweiz wären solche starken Zeichen undenkbar. Der grosse Angriff erfolgte bei uns sanft, unbeachtet und föderalistisch verumummt. Es begann mit einigen Dutzend TK der Bundesanwaltschaft und mit etlichen Hunderten TK der Kantone, Tendenz steigend. (Vgl. mein Essay «Justiz im Irrtum», Zürich 2000, S. 27ff.) Jetzt werden im Kanton Baselland allein in einem Jahr 1339 Überwachungsmassnahmen durchgeführt.

Auch die hässliche Basler Justizaffäre von 1998 begann mit ungesetzlicher Verwanzung einer missbrauchten V-Frau. Alle Verfahren gegen Beamte wurden damals niedergeschlagen, vieles wurde unter den Teppich gekehrt, mit professoraler Assistenz ein «Justizskandal» widerrufen und das Recht gebeugt. (Vgl. meinen Bericht «Richter Hartmanns letzte Aufzeichnungen zur Basler Justizaffäre», Basel 2009.)

Es gibt in Basel neben der humanistischen Tradition eine vielfach unbeachtete Unrechtstradition, die ihre Wurzeln tief im Mittelalter verankert hat.

Andreas Heusler wies darauf hin, dass dem Gründer der Basler Universität, Äneas Silvius Piccolomini, «die wollüstige Grausamkeit und die unerschöpfliche Erfindungskraft in der Verschärfung der Todesstrafe sowie die unerbittliche Härte der Basler Justiz» aufgefallen sind («Basels Gerichtswesen im Mittelalter», Basel 1922, S.39ff.).

Ich wage schon lange nicht mehr, von einem intakten Rechtsstaat Schweiz zu sprechen. Natürlich ist die Todesstrafe abgeschafft, kann es noch schlimmer kommen, gibt es Staaten, die ein viel mangelhafteres Rechtssystem haben als wir, es gibt sogar «failed states». Aber wir sollten uns nicht am Schlimmen orientieren, sondern am Gerechten, das in einem langen geschichtlichen Prozess vor allem in England, den frühen USA und Frankreich und auch in unserer Demokratie von politisch reifen Menschen zum Grundgesetz erhoben worden war. Wie leichtfertig wir dieses Kapital jetzt verspielen.



Anwalt Peter Zihlmann war Strafverteidiger und ausserordentlicher Gerichtspräsident und war als privater Ombudsmann tätig. Derzeit ist er mit Sohn Alexander im Kleinverlag Arte Legis Editions tätig, wo das Werk «101 Tage – mitten aus dem Leben gerissen» des SVP-Politikers Mario Babini erschien.

# Austreibung des Kompetenz-Geistes per Gesetz

Bildungsdirektorin ist beauftragt, den Lehrplan 21 zu beerdigen – auch auf Primarstufe

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Unter dem Radar der breiteren öffentlichen Aufmerksamkeit hat der Landrat an seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag die Motion von Landrätin Regina Werthmüller (parteilos) überwiesen. Der Vorstoss mit dem beinahe verharmlosenden Titel «Stufenlehrpläne mit transparentem Inhalt» ist aber an bildungspolitischer Brisanz derzeit fast nicht zu überbieten. Er bedeutet die Abkehr von der neuen im Lehr-

plan 21 festgehaltenen Doktrin, sich an «Kompetenzen» zu orientieren, und die Hinwendung zur Beschreibung von Lerninhalten im Gesetz. 47 von 33 Landräten fordern dies, Kompetenzen können allenfalls erwähnt werden; sie erhalten den Status von «Beigemüse».

FDP-Bildungsdirektorin Monica Gschwind lehnte die Entgegennahme des Vorstosses als verbindliche Aufgabe ab und argumentierte, sie wolle erst «ergebnisoffen» die Resultate der von ihr einberufenen Gruppe «Marschhalt»

abwarten, die sich zu den Bildungsreformen äussern wird. Dieses Argument dürfte aber im Landrat von der Sprengkraft des Vorstosses eher abgeleckt haben, in der Debatte wirkte es beinahe verwässernd.

Regina Werthmüller, die Gratulationen nach der Überweisung erhielt, sowie Bildungsreformkritiker Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige), der aus der ganzen Schweiz Reaktionen erhielt, können einen Coup mit Hilfe von GLP, FDP und SVP verzeichnen: «Der Lehr-

plan 21 wird nicht mehr mit dem Gesetz kompatibel sein. Massgebend sind definierte Inhalte, sollten die ausgearbeiteten Paragraphen denn vom Landrat gutgeheissen werden», sagt Werthmüller. Und Wiedemann ergänzt: «Eltern, die einen Schulkurs einleiten, werden sich aufs Gesetz berufen können, ein kompetenzorientierter Lehrplan wird dann keine Gültigkeit mehr haben.»

Die beiden glauben, mit der gesetzlichen Verankerung von Lerninhalten der Schule wieder mehr Sicherheit zu geben. «Bei 3500 Haupt- und Unterkompetenzen, wie sie der Lehrplan 21 einfordert, ist unklar definiert, was wirklich gelernt werden muss. Die einzelnen Schulen driften unweigerlich auseinander und erschweren einen Schulwechsel», sagt Werthmüller. Das sei ziemlich das Gegenteil davon, was die Schulharmonisierung unter dem Stichwort Harnos wollte.

### Primarstufe buchstabiert zurück

Gemerkt hat die SP, dass nun nicht nur die Einführung des Lehrplans 21 auf Sekundarstufe infrage gestellt wird, sondern dass vielmehr auch die Primarstufe betroffen sein wird. Vergeblich opponierte sie im Landrat und versuchte, das Erbe von alt Regierungsrat Urs Wüthrich zu retten. Ärgern dürfen sich nämlich all jene Lehrer und Schulleitungen auf der Primarstufe, die den Lehrplan 21 eingeführt und sich kompetenzorientierte Lehrmittel angeeignet haben. Sie mussten nicht nur viel teurere Bücher, Hefte und Software anschaffen, sie haben auch mehrwöchige Trainings hinter sich, welche von Bildungskritikern übrigens als «Gehirnwäsche» verspottet werden.

So teilte Monica Gschwind im Landrat mit, dass die Bildungsdirektion «durch ihren Austausch mit den Schulleitungen deren klare Erwartung kennt». Man solle die Arbeit der Schulen «nicht sogleich wieder mit erneuten Änderungen belasten».

Wiedemann ordnet die Abwehrhaltung von Gschwind, die sich vor ihrem Amtsantritt für die Abschaffung des Lehrplans 21 ausgesprochen hatte, wie folgt ein: «Sie befindet sich im Dilemma, weil sie einer Verwaltung vorsteht, die von der SP-Bildungsideologie geprägt ist. Sie will sich offenbar noch Spielraum geben und die Bildungsreform sanft stoppen.» Und Landrätin Regina Werthmüller doppelt nach: «Wir aber möchten den Lehrplan 21 schneller verhindern.»



## Initiativen greifen neuen Fremdsprachenunterricht an

**Zurück zur besseren Sprachqualität.** Die beiden Initiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Ausstieg aus dem Passepartout-Fremdsprachenprojekt» mit seinen umstrittenen Lehrmitteln «Mille feuilles» sind gestern mit 2209 und 2141 Unterschriften eingereicht worden. In ihrer Stossrichtung wollen beide Initiativen das an den Primarschulen gestartete «Sprachkompetenz-Experiment» beendet haben und zurück zur alten Ordnung gehen. Wie Saskia Olsson, Geschäftsführerin der Starken Schule Baselland ausführte, hätte man von Dutzenden von Eltern die Rückmeldung erhalten, dass ihre Kinder keinen strukturier-

ten Unterricht mehr erhalten und nach drei Jahren Französisch nicht einmal die einfachsten Sätze grammatikalisch richtig sagen könnten. Das Erlernen von zwei Fremdsprachen überfordere zudem die Kinder an der Primarschule, die Lernziele würden bei Weitem nicht erreicht. Landschreiber Peter Vetter (5. von links) nahm die Unterschriften entgegen von den Landräten Matthias Häuptli (GLP) und Paul Hofer (FDP), den Lehrern Michael Pedrazzi und Lorena Margiotta, von Vertretern der Starken Schule, Saskia Olsson und Alina Isler sowie vom Lehrer Beat Studer und Landrätin Regina Werthmüller (parteilos). Wahl Foto Pino Covino